

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (incl. Haus 2 RM, halbm. 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-QL / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 533, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Berechtigung des Bezugspreises

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familien-tages die viermal gestaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM, für die Restzeile an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-QL, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Berechtigung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 14. Januar 1927

Nummer 11

## Erkennt die drohende Kriegsgefahr!

### Aufruf der Moskauer Parteikonferenz — Schlagt die Imperialisten und ihre sozialdemokratischen Helfer!

### Milliarden für die Bürgerkriegsarmee

Väterlich geringe Ausgabe für soziale Zwecke  
Der Reichsstat

Von Ernst Torgler

Drei Tage, bevor im Haushaltsausschuss des Reichstages die Etatberatungen beginnen sollen, ist dem Reichstag der Haushaltsplan für 1927 zugegangen. Schon eine oberflächliche Betrachtung dieses Etats, für dessen Gestaltung der demokratische Finanzminister Reinhold verantwortlich ist, genügt, um den Klassencharakter dieses Etats klar zu erkennen. Mit rund 10 1/2 Milliarden Mark in Einnahme und Ausgabe schließt der Etat für 1927 ab. Davon entfallen allein 2 Milliarden Mark auf die Kriegslasten. Diese 10 1/2 Milliarden Mark soll zum weitaus überwiegenden Teil die breite Masse des Proletariats aufbringen. Es kommen noch hinzu die rund 7 Milliarden Mark Landes- und Gemeindesteuern. Der durch Steuern aufzubringende Betrag befreit sich also im Reich und in den Ländern insgesamt auf annähernd 18 Millionen Mark. Das ist etwa das Vierfache der Gesamtsteuerbelastung der Vorkriegszeit.

Im einzelnen weisen die fortwährenden Ausgaben der verschiedenen Haushalte wesentliche Steigerungen gegenüber dem Vorjahre auf. Nur ein Etat macht eine Ausnahme: der des Reichsarbeitsministeriums. Im Jahre 1926 waren beim Etat des Reichsarbeitsministeriums eingelegt 702 056 948 Mark. Dieses Jahr erscheinen nur 309 451 620 Mark. Es ist also eine Herabsetzung der Ausgaben von 332 605 328 Mark vorgesehen. Der weitaus größte Teil dieser Summe ist die Einsparung der Kosten für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge. Sehr interessant ist die Begründung, die die Regierung für den Wegfall dieser Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge gibt. Es heißt in den Erläuterungen zu dem betreffenden Etatartikel:

„In den früheren Haushaltsplänen war der Bedarfsberechnung für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge die Berücksichtigung der Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924, insbesondere § 40, nebst der ergänzenden 6. Ausführungsverordnung dazu vom 18. Februar 1926 zugrunde gelegt. Für das Rechnungsjahr 1927 konnte davon abgesehen werden, da der Stand der Vorarbeiten für ein Gesetz über die Arbeitslosenversicherung die Hoffnung rechtfertigt, daß dieses Gesetz bis zum 31. März 1927 verabschiedet ist. Bei der Bemessung der Haushaltsmittel für 1927 ist daher damit gerechnet worden, daß die Arbeitslosenversicherung vom 1. April 1927 ab in Kraft tritt.“

Also bei den einzigen sozialen Ausgaben, die bisher in größerem Umfange geleistet wurden, nämlich für den bedürftigsten Teil der wertvollen Bevölkerung, für das große Heer der Erwerbslosen, Ersparung von rund 300 Millionen Mark, erneute Aufbahrung auch dieser sozialen Ausgaben auf die Schultern der im Betrieb befindlichen Arbeiter und Angestellten. Dazu die weise Voraussicht auf kommende Gesetze!

Wird man nicht geradezu dazu gedrängt, eine Parallele zu ziehen, um das unglaubliche und heuchlerische Spiel zu brandmarken, das diese Regierung und dieser „demokratische“ Finanzminister mit den Arbeitern, Angestellten und Beamten treibt? Reinhold hat noch im Dezember bei der Beratung der Reichsstaatsbeihilfe für die Beamten eine neue Besoldungsordnung für die allerhöchste Zeit angehängt. Wo und bei welchem Etatartikel ist auch nur ein einziger Pfennig für die Auswirkung dieser neuen Besoldungsordnung eingelegt? An welcher Stelle des Etats kann man erkennen, daß auch nur die bescheidenste Abhilfe besteht, den Kriegsbefähigten, den Beamten der unteren und mittleren Gruppen, ebenso den Angestellten und Arbeitern des Reichs, eine Aufbesserung ihrer jämmerlichen Bezüge zuteil werden zu lassen?

Die so auf Kosten der Werttätigen ersparten 300 Millionen beunruhigt sich die Regierung auf der anderen Seite höchlichst für den Ausbau des Unterdrückungsapparates gegen das Proletariat mehr auszugeben. Die Kosten für Reichswehr und Polizei belaufen sich auf ein Vielfaches aller im gesamten Etat vorgesehenen sozialen Ausgaben. Für die Zwecke des politischen Schutzes, also für die Beitragsleistungen des Reichs an die Länder für den Unterhalt der Polizei, sind wieder wie im Vorjahre 190 Millionen Mark eingelegt. Es steht aber gleich in den Anmerkungen, daß es sich nur um einen vorläufigen Betrag handelt.

„Er ist nach den tatsächlich zu leistenden Ausgaben der Länder zu bemessen und nötigenfalls zu erhöhen.“

Außer dieser Zuschußzahlung des Reichs werden von den Ländern noch etwa 700 bis 800 Millionen Mark für die Polizei, insgesamt also annähernd eine Milliarde Mark ausgegeben. Für Reichswehr und Marine ist ein Gesamtzuschuß beim ordentlichen und außerordentlichen Haushalt von 697,1 Millionen Mark, also wiederum 82,2 Millionen Mark mehr als im Vorjahre eingelegt. Von Jahr zu Jahr ist der Zuschußbeitrag für Reichswehr und Marine um ein ganz erhebliches gestiegen: von 1924 auf 1925 um 163,6 Millionen, von 1925 auf 1926 um 110,8 Millionen und von 1926 auf 1927 um 82,2 Millionen, im Zeitraum von drei Jahren also eine Steigerung

Moskau, 11. Jan. (Inprekorr.)  
Die 15. Moskauer Parteikonferenz nahm nach dem Referat des Genossen Bucharin eine Resolution an, in der unter anderem gesagt wird:

„Die Parteikonferenz meint, daß in der gegenwärtigen internationalen Lage der Sowjetunion große Gefahren drohen. Das widersprüchliche Verhalten der kapitalistischen Länder gegenüber der Sowjetunion (einerseits Drang zu normalen ökonomischen Beziehungen mit der Sowjetunion auf Grund des verschärften Kampfes um die Märkte, andererseits Furcht vor dem sozialistischen Wachstum und Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion als dem Herz der proletarischen Revolution) veranlaßt die Labilität und Doppelsinnigkeit der gesamten Politik der imperialistischen Diplomatie. Die Konferenz stellt fest, daß derzeit in der Politik der internationalen Bourgeoisie gegenüber der Sowjetunion die antisozialistischen Tendenzen die Oberhand gewonnen haben. Eine Reihe von Staaten, unter Führung der konservativen britischen Regierung, offenbart merklich die wachsende Neigung, die friedlichen Beziehungen zu zerreißten (siehe Polen, Rumänien, Lettland). Die offene und geheime Vorbereitung des Krieges und der Interventionen gegen die Sowjetunion, die eifrigen diplomatischen Aktivitäten, die Kriegserklärungen der Grenzstaaten, die schamlose Verleumdungslampagne der Sozialdemokraten, die ganze Reihe sozialistischer Umkürze und Komplote usw. rufen in den breiten Schichten der proletarischen und Bauernmassen unseres Landes, die alle ihre Kräfte dem friedlichen Staatsaufbau widmen, gerechtfertigte Beunruhigung hervor.“

Die Konferenz ruft die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion und das gesamte Weltproletariat auf, jeden feindseligen Schritt des Imperialismus unablässig mit der größten Wachsamkeit zu verfolgen. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion wird auch weiterhin eine Politik des Friedens führen, sie läßt aber gleichzeitig keine Minute die Notwendigkeit jeder nur möglichen Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion außer Acht. Indem sie die seitens der imperialistischen Länder drohende Kriegsgefahr erkennt, stellt die Konferenz die Aufgabe der Verstärkung der Roten Armee in den Vordergrund und schlägt vor, die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen auf die Frage der Verteidigung der Sowjetunion hinzuwirken und zu konzentrieren.“

Die Entschließung der Moskauer Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zeigt der europäischen Arbeiterklasse, wie ernst die werttätigen Massen der Sowjetunion die Lage einschätzen. Es ist in der Tat dringend notwendig, jedem einzelnen Arbeiter mit aller Eindringlichkeit vor

Augen zu führen, wie groß die Gefahr eines kriegerischen Angriffes der europäischen Imperialisten auf den ersten Arbeiters Staat geworden ist. Die Machenschaften des englischen Imperialismus in der unmittelbaren Nachbarschaft der Sowjetunion, in Polen, Litauen und den anderen baltischen Staaten, die Propaganda der gesamten imperialistischen Presse gegen das bolschewistische Russland deuten darauf hin, daß die Gefahr eines neuen Interventionskrieges akut geworden ist.

Wenn die Arbeiterklasse zur Abwehr dieser Gefahr erfolgreich mobilisiert werden soll, so müssen wir sie immer wieder über die niederträchtige Rolle aufklären, die in der Vorbereitung der imperialistischen Angriffe von sogenannten „Arbeitervertretern“, von den Führern der sozialdemokratischen Parteien und der reformistischen Gewerkschaften, gespielt wird. Erst jetzt wird wieder bekannt und von der lettischen Regierung, an der die Sozialdemokraten beteiligt sind, bestätigt, daß in Vilnius ein polnischer Sozialdemokrat in Riga war, um die lettische und finnländische Regierung für die sozialdemokratischen Angriffspläne Englands zu gewinnen. Das ist nur ein 90 der Hunderts von Beispielen, die die Sozialdemokratie zum Beweise unserer Behauptung, daß sie eine Agentur des Imperialismus sei, selbst geliefert hat.

Immer wieder muß in diesem Zusammenhang auf die niedrige Rolle der deutschen Sozialdemokratie hingewiesen werden, die mit ihrer Schwindellampagne über die sogenannten „Sowjetgranaten“ das Signal gegeben hat für einen konzentrierten Angriff auf die Sowjetunion. Je dreiter sich diese wohlwunderschöne Propaganda der sozialdemokratischen Presse entwickelt, die jetzt wieder die jatzsam bekannten Rührermäzchen von der russischen „Tscheka“ und den russischen Gefängnissen aufweist, um so deutlicher wird ihr eigentliches Ziel. Die Lügenbehauptung, als hätte die Sowjetregierung irgendeine direkt oder indirekt geholfen, die deutsche Reichswehr zu bewaffnen, war als Hehrlüge ein besonderer Liebesdienst für die Entente-Imperialisten. Sie sollte aber auch die Kampagne einleiten, in der die Sowjetunion der erste proletarische Staat, in den Augen der werttätigen Massen herabgesetzt, als der proletarische Solidarität un würdig benutzter werden sollte. Denn die Vorbedingung eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion ist, daß die starken Sympathien und die Solidarität der Werttätigen aller Länder mit dem proletarischen Staat geschwächt, gebrochen werden. Erst wenn es der Sozialdemokratie gelungen ist, den Sowjetstaat in den Augen der Werttätigen aller Länder verächtlich zu machen, ihnen mit Hilfe raffinierter Verleumdungen den Gedanken beizubringen, daß der Sowjetstaat eine Unterstützung der Arbeiter aller Länder nicht verdient, erst dann hätten die imperialistischen Kriegstreiber eine Hoffnung, den im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion doppelten Widerstand der Massen gegen jeden Krieg zu brechen.

## Litauens Drohungen gegen Sowjetrußland

Kowno, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Stellungnahme der Presse der litauischen Regierungspartei zur Sowjetunion wird immer feindseliger. So schreibt z. B. der „Litauische Kurier“, für die Sowjetunion habe Litauen nur die Bedeutung einer Brücke, über welche revolutionärer Jüdenhass nach Westeuropa getragen werden könnte. Dementierend betreibt Moskau durch Diplomaten in Litauen revolutionäre Agitation. Das Blatt knüpft daran eine scharfe Polemik gegen den Sowjetrußland, der nach Ansicht des „Kuriers“ so lange Beziehungen zu litauischen Kommunisten unterhalte, daß seine Überführung gefordert werden müßte. Sogar ein Bruch mit der Sowjetunion wäre nach Ansicht des litauischen Blattes kein Schaden für Litauen, und die Beziehungen mit der Sowjetunion seien so gut wie wertlos. Auch der litauische Smetanas Organ, beschäftigt sich mit der Frage der bolschewistischen Agitation Litauens und meint, es sei an der Zeit, alle Kräfte gegen die außerpolitischen Agenten der Komintern zu mobilisieren. In der litauischen Ausdrucksweise des Sejm hat sich der Ministerpräsident Wolbomara in einer Weise geäußert, die eine Verleumdung mit den Pressestimmen zeigt. Er sagte nämlich, der Sowjetrußland habe keine außerpolitischen Schwierigkeiten herausgehoben, außer den Beziehungen zur Sowjetunion.

Die litauischen Faschisten beken im Auftrage Englands gegen den Sowjetstaat. Die Arbeiter müssen den Treibereien des Aufmerksamkeits widmen, sonst wird Litauen die Rolle Serbien zum Weltkrieg übernehmen. Die Engländer suchen nach Gründen der Intervention in Rußland. Der Widerstand der Arbeiter der ganzen Welt muß sich gegen diese Schandpläne richten.

## Der Vorwärts verteidigt die englischen Imperialisten

Der Vorwärts schreibt in seiner heutigen Abendausgabe zu dem (janz) Inprekorr. verbreiteten Beschluß der Moskauer Parteikonferenz über die drohende Kriegsgefahr und die Aufgaben

der Verstärkung der Roten Armee unter der Überschrift: „Mehr Sowjetgranaten, militärische Aktionen in Rußland, Vorbereitung der Augustkämpfe“ u. a. folgendes: „Es ist die bekannte Methode der Militaristen aller Länder, Gefahren, die nicht bestehen (!), an die Wand zu malen, um neue Seereverberungen zu begründen. Die Kapitalisten aller Länder wollen mit Rußland ins G. G. H. G. kommen, aber nicht in den Krieg. Und so wenig freundschaftlich auch die Gefühle der englischen Regierung für Rußland sind, so denkt sie doch gewiß nicht daran, zu allen inneren und äußeren Schwierigkeiten, die sie schon hat, sich auch noch einen großen Krieg auf den Hals zu laden.“

## Der Petroleumkrieg

Vor dem Abbruch der Beziehungen zwischen Amerika und Mexiko.

Nach Meldungen aus Mexiko wird in dortigen diplomatischen Kreisen mit dem baldigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und den vereinigten Staaten gerechnet. Die amerikanischen Zeitungen veröffentlichen Greuelmeldungen aus Mexiko. Gleichzeitig wird aus Marineteilen gemeldet, daß weitere amerikanische Kriegsschiffe, und zwar ein Unterseekreuzer von 10 000 Tonnen und vier Torpedobootzerstörer, neuerdings nach Nicaragua abgegangen sind.

## Die beliebte Methode

Die amerikanische Regierung stößt bei ihrer Politik in Mexiko auf den Widerstand eines Teiles der andersinteressierten Senatoren. Um diese Opposition zu beseitigen, klist als Vertreter der Regierung Kellogg eine Rede, in der er folgende amerikanische Gefahren an die Wand malte. Diesmal hatte die Rede aber nicht die gewünschte Wirkung; es wurde ihm unverblümt gesagt, daß er mit dieser Rede nur seine Politik verteidigen und die Opposition ablenken wolle. Es sei keine kommunistische Gefahr vorhanden, der Senat werde bei seiner Opposition verbleiben.